

Umschau

Sehnsucht nach der Kolonialzeit

Daniel Ammann

Seit vierzig Jahren pumpt der Westen Hunderte Milliarden nach Afrika. Der Geldsegen löst keine Probleme, er schafft sie: Die Entwicklungshilfe fördert korrupte, inkompetente Regierungen, sie verhindert Reformen und schädigt die Demokratie.

Der kleine Souvenirshop, der sich stolz «Antiques» nennt, liegt im Geschäftsviertel von Kampala, eingeklemmt zwischen einem Lebensmittelladen und einer Computerschule. Alte Banknoten mit dem Konterfei Idi Amins, des Schlächters von Afrika, bietet er an, geschnitzte Holztüren mit skurrilen Köpfen, prächtige Ringe aus Elfenbein. Für 5000 Shilling, umgerechnet 3 Franken 50, auch ein Couvert, das am 21. März 1961 von einem gewissen Jayant Shukla abgeschickt wurde, kurz nach Ugandas Unabhängigkeit von Grossbritannien. Die gelbe Briefmarke, die darauf klebt, ist den stolzen Preis wert, für den man hier ein ordentliches Nachtessen bekommt. Sie zeigt einen lachenden Bauern in gestreiftem Hemd, der mit beiden Armen einen riesigen Maiskolben gen Himmel streckt. «Freedom from Hunger» steht in Grossbuchstaben auf der Marke. Eine Verheissung.

Sie reflektiert den hoffnungsfrohen Zeitgeist der sechziger Jahre, als die afrikanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit erkämpften. Befreit von politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung durch die Europäer, glaubten die meisten Afrikaner, es würde ihren eigenen Regierungen gelingen, Wohlstand zu schaffen. Die Aussichten waren gut. Die Weltbank zum Beispiel ging davon aus, dass eine Mehrheit der afrikanischen Länder die Armut bis ins Jahr 2000 überwinden könne – dank eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 7 Prozent.

Der Befund, vierzig Jahre später, ist so deutlich wie deprimierend. Den meisten Afrikanern südlich der Sahara geht es schlechter als am Ende der Kolonialzeit. Ihr durchschnittliches Einkommen ist gesunken, während es überall sonst auf der Welt gestiegen ist. Ein Afrikaner verdient 633 Dollar – pro Jahr (1856 Dollar, wenn man die Kaufkraft berücksichtigt). Nur in den Elendsstatistiken steht der Schwarze Kontinent an der Spitze: Die Hälfte der Bevölkerung – über 300 Millionen Menschen – muss mit weniger als einem Dollar pro Tag überleben. Ob Unterernährung oder Analphabetenrate, ob Kindersterblichkeit oder Bevölkerungswachstum: Afrika fällt, einiger relativer Fortschritte zum Trotz, bei all diesen Kennzahlen immer weiter hinter den Rest der Welt zurück. Von den fünfzig am wenigsten entwickelten Ländern der Welt (definiert durch ein Bruttoinlandsprodukt von weniger als 750 Dollar pro Kopf) liegen 34 südlich der Sahara. Manchmal scheint es fast, als existierte Afrika ökonomisch schon gar nicht mehr: Sein Anteil am Welthandel macht gerade noch etwas mehr als ein Prozent aus – halb so viel wie 1960.

Was heute oft untergeht: Vor vierzig Jahren waren die meisten afrikanischen Länder reicher als zum Beispiel die asiatischen und hatten dank ihrer immensen Rohstoffe auch die besseren Chancen. Südkorea etwa konnte 1960 dem goldreichen Ghana nicht das Wasser reichen, heute ist es volkswirtschaftlich vierzigmal stärker als das westafrikanische Land. Vietnam kannte man in den sechziger Jahren noch nicht als Kaffeeproduzenten, während Uganda einer der grössten war. Heute gehört Vietnam zu den Marktführern und exportiert siebenmal mehr Kaffee als das ostafrikanische Land.

Dogmen im Dekadentakt

An fehlender Unterstützung kann es nicht liegen, dass sich Afrika zum globalen Elendsquartier entwickelte.

Seit Jayant Shukla im März 1961 die verheissungsvolle Marke auf seinen Brief klebte, hat der Kontinent 600 Milliarden Dollar an offizieller staatlicher Aufbauhilfe erhalten – mehr als jede andere Weltregion. Alles Mögliche hat man in den letzten vierzig Jahren versucht, um in Afrika Wachstum und Wohlstand zu fördern. In den sechziger Jahren gab man Geld für die Industrialisierung und die Importsubstitution. In den Siebzigern finanzierte man die «Grundbedürfnisse» der Menschen; Gesundheit, Nahrung, Unterkunft, Bildung. In den achtziger Jahren verlangte man «Strukturanpassungen», Sparen im öffentlichen Sektor vor allem, um die gewaltigen Haushalts- und Bilanzdefizite in den Griff zu bekommen, und Förderung des Exports. In den neunziger Jahren lautete die Zauberformel «nachhaltige Entwicklung», die so diffus wie wirkungslos blieb. Sie gingen als «das verlorene Jahrzehnt» in die Geschichte der Entwicklungspolitik ein. Seit 2001 richtet man sich nun an den acht «Millenniums-Entwicklungszielen» der Uno aus, die die weltweite Armut bis ins Jahr 2015 halbieren sollen.

Die Paradigmen, man könnte auch sagen: Dogmen, wechselten im Dekadentakt; was blieb, ist das Elend. Sämtliche Strategien haben in Afrika versagt – trotz des Einsatzes von 600 Milliarden Dollar (humanitäre Nothilfe und private Spenden nicht eingerechnet). Das Projekt «Entwicklung» sei in diesem Teil der Welt «so brutal gescheitert», sagt der linke Politikologieprofessor Ulrich Menzel, einer der herausragenden Kenner der Materie, dass man nur noch von einer «Entwicklung des Zusammenbruchs» reden könne. William Easterly, lange Jahre einer der führenden Weltbank-Ökonomen und heute Wirtschaftsprofessor an der New York University, bezweifelt die Wirksamkeit der Hilfe grundsätzlich. Für sein neues Buch, das diese Woche auf Deutsch erscheint, hat er die verfügbaren Daten seit 1950 analysiert. Sein Fazit: Es gibt keinen Beweis dafür, dass sich die Entwicklungshilfe auf das Wirtschaftswachstum eines Landes auswirkt. Im Fall von Afrika kommt Easterly zum Schluss, dass die Wachstumsraten mit steigender Hilfe sogar sanken.

Die offensichtliche Erfolglosigkeit müsste selbst den hoffnungsvollsten Entwicklungshelfer entmutigen und scheinbare Gewissheiten in Frage stellen. Doch die Antwort der Experten aus Uno, Weltbank und Nichtregierungsorganisationen lautet seit vierzig Jahren: «Wenn es bisher nicht geklappt hat, dann liegt es vor allem daran, dass die Hilfe zu gering ausfiel.» Die armen Länder, so lautet die etablierte Entwicklungstheorie vereinfacht, sind in einer sogenannten Armutsfalle gefangen (poverty trap). Sie sind arm, weil sie arm sind. Was sie haben, brauchen sie fürs tägliche Überleben, und darum bleibt nichts übrig, das gespart und investiert werden könnte. Ein Teufelskreis: Niedrige Einkommen führen zu niedrigen Ersparnissen und damit zu niedrigen Investitionen. Die Konsequenz davon ist eine niedrige Produktivität, die wiederum niedrige Einkommen zur Folge hat. Dieser Armutsfalle, heisst es, können die armen Länder nicht aus eigener Kraft entkommen. Sie haben Kapital von aussen nötig, das sie in Infrastruktur, den Service public und die Bildung investieren können. Ein bisschen Hilfe reicht dazu nicht aus, es braucht vielmehr eine genügend grosse Anstossfinanzierung (big push). Sie erst wird es erlauben, einen wirtschaftlichen Wachstumsprozess auszulösen, der sich selbst trägt (takeoff).

Poverty trap – big push – takeoff: Das klingt bekannt. Das war schon der Dreiklang ganz am Anfang der Entwicklungspolitik in den fünfziger Jahren. Und das ist auch heute wieder das Argument ihrer Exponenten wie des amerikanischen Ökonomen Jeffrey Sachs, des Kopfs der Entwicklungsstrategie der Uno. Darum hat der G-8-Gipfel letztes Jahr im schottischen Gleneagles beschlossen, die Entwicklungshilfe für Afrika zu verdoppeln (von 25 Milliarden auf 50 Milliarden Dollar pro Jahr) und einen Schuldenerlass von Dutzenden von Milliarden Dollar zu gewähren.

«Doubling Aid: Making the «Big Push» Work» heisst auch der eben veröffentlichte Afrika-Bericht der Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad).

Andrew Mwenda schüttelt beflissen den Kopf. «Entwicklungshilfe ist nicht die Lösung», sagt der 34-jährige Ugander mit Lust an der provokativen Zuspitzung, «Entwicklungshilfe ist das Problem.» Wir sitzen im Café auf der Terrasse des «Grand Imperial»-Hotels in der Innenstadt Kampalas und trinken Kaffee. Der Blick geht auf die Nile Avenue, eine der Hauptverkehrsadern der Stadt, die hoffnungslos verstopft ist. Unser Gespräch

verläuft stockend, was nicht an Mwenda liegt, der gern und schnell spricht und ein Gedächtnis wie ein Elefant zu haben scheint. Jedes seiner Argumente unterstreicht der begnadete Rhetoriker mit exakten Zahlen aus Studien von Weltbank bis Uno und mit Anekdoten aus der absurden Politik afrikanischer Regierungen.

Alle paar Minuten werden wir unterbrochen, weil wildfremde Leute an unseren Tisch kommen, um Mwenda mit sichtlichem Respekt zu gratulieren und zu ermutigen. Er ist ein bekannter Mann in Uganda, fast so bekannt wie der Präsident. Nach einem Studium der Entwicklungswissenschaften an der University of London, die in diesem Fach weltweit führend ist, arbeitete er in seinem Heimatland als Berater für die Weltbank (Schwerpunkt: politische Ökonomie der Armutsbekämpfung in Uganda). Die Zusammenarbeit endete im Zwist. «Die Weltbank-Leute», sagt Mwenda, «erwarteten von mir, dass ich schreibe, was sie lesen wollten, und nicht, was ich herausfand.» Daraufhin verzichtete er vor zwei Jahren auf die gutbezahlte Stelle und wurde Journalist. Heute hat er eine politische Kolumne in der unabhängigen Tageszeitung Daily Monitor und eine tägliche Talk-Show («Andrew Mwenda Live») zur besten Sendezeit auf der privaten Radiostation KFM. Ohne Rücksicht auf Verluste zieht er den Politikern und Bürokraten die Hosen herunter und macht mit bissiger Ironie und harten Fakten das publik, was er als deren Korruption und Unfähigkeit bezeichnet.

Andrew Mwenda? Kennt jeder in Kampala. «Ein mutiger Mann», heisst es auf der Strasse, «er wagt es, politische Missstände zu kritisieren, und sagt, was die Regierung uns verschweigt.» Getreu dem schönen Motto seiner Zeitung, das in roten Buchstaben auf seinem weissen Hemd steht: Truth everyday. Die Wahrheit, jeden Tag. Aber anders als damals bei der Prawda in der Sowjetunion.

Der Kaffee schwappt über, als Mwenda unvermittelt aufsteht, den Arm ausstreckt und von der Terrasse auf die Nile Avenue hinunterzeigt. Wieso es dort ein Schlagloch habe, will er wissen und legt los, ohne eine Antwort abzuwarten: «Weil jemand davon profitiert.» Und dann beginnt der Mann, der sich selbst einen Renegaten nennt, anhand des kleinen Schlaglochs in der Nile Avenue die Gründe dafür zu erklären, wieso Afrika unterentwickelt und Entwicklungshilfe schlecht ist:

Würde man das Schlagloch sofort flicken, kostete das vielleicht 100 Dollar. Einmal versiegelt, wird es nicht grösser, und dann geht die Strasse auch an anderen Stellen weniger schnell kaputt. Das lohnt sich für die Politiker und Bürokraten nicht, weil sie sich schmieren lassen und am Unterhalt mitverdienen. 10 Prozent von 100 Dollar sind 10 Dollar. Das ist kein guter Preis. Wer richtig profitieren will, braucht eine Strasse, die über fünf Kilometer kaputt ist. Das zu reparieren, kostet 1,5 Millionen Dollar. 10 Prozent davon, das lohnt sich. Würden Politiker und Bürokraten rechtzeitig in den Strassenunterhalt investieren, könnte der Staat zwar sehr viel Geld sparen, aber sie selbst hätten weniger in der Tasche. Es ist in ihrem Interesse, dass die Strassen über weite Strecken in einem schlechten Zustand sind. Dann können sie zu den Geberländern gehen und Geld verlangen.

Entwicklungshilfe kann missbraucht werden, klar. Warum soll sie generell schlecht sein?

Weil die Entwicklungshilfe eines der wichtigsten Instrumente ist, mit denen sich die korrupten und inkompetenten Regime in Afrika an der Macht halten. Sie verwenden die ausländische Hilfe nicht, um die Entwicklung ihres Landes voranzutreiben, sondern um sich zu bereichern und politisch zu überleben. Sie betreiben eine wirtschaftlich destruktive Politik, ohne die Konsequenzen dafür tragen zu müssen. Ohne Entwicklungshilfe könnten sie langfristig nicht bestehen. Der Westen springt ein, um ihnen Strassen, Spitäler oder Schulen zu finanzieren. Das wird von den Regimen instrumentalisiert, um sich politische Unterstützung zu sichern.

Zum Beispiel?

Nehmen wir Uganda, das von der Hilfsindustrie sogar als Erfolgsgeschichte gefeiert wird. Wir haben 69 Minister. Welches Land der Welt braucht 69 Minister? Unser Präsident hat 109 Präsidentenberater und Assistenten. Wenn die ihren Chef überhaupt einmal zu Gesicht bekommen, dann am Fernsehen. Wir haben

60 Botschafter, obwohl wir im Ausland nur 15 diplomatische Vertretungen haben. Statt das Geld für Infrastruktur, Bildung, Gesundheit auszugeben, wird es für Funktionäre und Günstlinge verschwendet. Für längerfristige Investitionen bleibt nichts übrig. Die explodierenden Kosten für dieses Klientensystem würden Uganda eigentlich in den Bankrott treiben. Die Regierung kann sich solche Extravaganz nur leisten, weil jemand anders dafür bezahlt. Die Entwicklungshilfe bringt von aussen das Geld, das die afrikanischen Regierungen im Inneren selbst nicht sparen oder investieren.

Die Entwicklungshilfe soll armen Ländern eine Art Anstossfinanzierung geben, möglichst einen big push, damit sie in Bereiche investieren können, die wirtschaftliches Wachstum generieren und die Armut reduzieren. Infrastruktur, Industrie, Bildung. Was kann daran falsch sein, Herr Mwenda?

Dieser Grundgedanke geht von einer irrigen Annahme aus. Es stimmt einfach nicht, dass die armen Länder in Afrika nicht fähig sind, die Bildung und Gesundheitsversorgung ihrer Bevölkerung zu finanzieren, weil ihnen die Mittel dazu fehlen. Schauen Sie sich doch den Staatshaushalt dieser Länder an. Wie viel geben sie für das Militär aus, wie viel für politische Patronage, für Präsidenten, Minister und ihre Klientel? Und dann fragen Sie sich: Wenn man diese Budgets ändern würde, wie viel Geld könnte eingespart werden? Schauen Sie sich die grassierende Korruption in Afrika an. Nach offiziellen Schätzungen der Afrikanischen Union kostet sie den Kontinent jedes Jahr 148 Milliarden Dollar. Überlegen Sie sich, wie viel Geld eingespart werden könnte, wenn eine seriöse Regierung die Korruption ernsthaft bekämpfen würde. Dann erst ist es möglich, die Frage zu beantworten: Hat Afrika tatsächlich zu wenig Ressourcen, um den Kampf gegen die Armut zu finanzieren? Nein, Afrika hat ein Problem mit schlechten Regierungen. Punkt.

Könnten die afrikanischen Staaten ein vernünftiges Budget aus eigener Kraft finanzieren?

Absolut. Viele Staaten brauchen keine Entwicklungshilfe. Die 45 Prozent des Staatsbudgets, die zum Beispiel in Uganda durch die internationale Hilfe subventioniert werden, wären problemlos mit Steuern zu finanzieren. Die Regierung kassiert aber, und ich zitiere hier offizielle Zahlen, nur etwas mehr als die Hälfte der potenziellen Steuern ein. Was ist mit der anderen Hälfte? Die Regierung sagt, die Steuerverwaltung verfüge über eine schlechte Infrastruktur. Das mag sogar stimmen, entscheidender aber ist, dass die Reichen und politisch Mächtigen in Afrika dank Korruption keine Steuern bezahlen. So schaffen die Regierungen Abhängigkeiten und schonen ihre Günstlinge.

Die Schweiz diente lange Zeit als Fluchthafen für das Geld von korrupten afrikanischen Diktatoren und Bürokraten.

Das ist sicher kein Problem der Schweiz. Die Leute, die die Schweiz deswegen anklagen, verärgern mich. Es ist doch nicht Aufgabe der Schweizer Banken, afrikanische korrupte Politiker zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Haltung, die Verantwortung einfach abzuschieben, ist nichts als dumm.

Was halten Sie vom Schuldenerlass, der Afrika gewährt werden soll?

Vor sechs Jahren hatte Uganda 3,2 Milliarden Dollar Schulden, zwei Milliarden wurden uns erlassen. Zur Feier des Tages kaufte die Regierung für 35 Millionen Dollar einen Präsidentenjet. Heute hat Uganda bereits wieder 4,9 Milliarden Schulden. Soll solches Verhalten noch belohnt werden? Botswana und Mauritius, zwei Ausnahmeländer mit einer vernünftigen Budgetpolitik, zahlen ihre Schulden immer zurück. Die müssen sich ja dumm vorkommen. Ein Schuldenerlass gibt die falschen Anreize, er belohnt schlechtes ökonomisches Verhalten und schafft eine Kultur der Verantwortungslosigkeit.

Was muss sich ändern, dass es Afrika besser geht?

Die Regierungen dort sollten nicht nach ausländischer Hilfe schreien, sondern ein politisches System schaffen, das die Korruption und die Günstlingswirtschaft bekämpft. Die meisten Länder brauchen keine Entwicklungshilfe. Was sie brauchen, ist: 1. eine vernünftige Fiskalpolitik, 2. mehr Gehör für die Privatwirtschaft, 3. eine Politik, die für mehr Wachstum und Produktivität sorgt. Die Zukunft Afrikas hängt davon ab, ob es gelingt, eine unabhängige inländische Privatwirtschaft zu entwickeln. Die internationale Hilfsindustrie glaubt, man könne eine solche Gesellschaft im Labor züchten. Das funktioniert nicht.

Entwicklung ist ein indigener Prozess. Wir als Afrikaner müssen es in unserem eigenen Interesse finden, eine unabhängige Justiz zu haben, ein Parlament, das die Regierung kontrolliert, ein gerechtes Steuersystem, eine Regierung, die vom Volk zur Rechenschaft gezogen werden kann. Die herrschenden afrikanischen Eliten haben kein Interesse daran, eine gute Verwaltung aufzubauen und eine Politik zu verfolgen, die zu wirtschaftlichem Wachstum führt. Warum tun Afrikas Regierungen das nicht? Wieso führen sie keine Reformen durch?

Sagen Sie es mir.

Sie fürchten sich davor, weil sie an Einfluss verlieren würden. Wer heute die Regierungen kritisiert, erhält zum Beispiel keine Stelle, keine Handelslizenz oder keinen günstigen Kredit. Reformen, etwa Privatisierungen, könnten dies ändern und das Fundament der Regierungen zerstören. Indem die Entwicklungshilfe korrupte und inkompetente Regierungen subventioniert, verhindert sie nötige Reformen. Jeffrey Sachs, Tony Blair, Bob Geldof und Bono sagen den afrikanischen Politikern im Prinzip: Gebt euer Geld aus, wie ihr wollt. Und wenn es nicht reicht, kommen wir und subventionieren euch. Bei jedem finanziellen Engpass wenden sich unsere Regierungen einfach an die Weltbank, den Währungsfonds oder die Geberländer. Darum müssen sie keine Lösungen im eigenen Land suchen, darum müssen sie die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung nicht ernst nehmen, und darum setzen sie sich nicht mit der Privatwirtschaft zusammen und sorgen für Bedingungen, die zu mehr Wirtschaftswachstum und mehr Steuereinnahmen führen. So wird eine demokratische Kultur unterminiert und eine Bettlermentalität geschaffen. Die Entwicklungshilfe schafft prinzipiell die falschen Anreize.

Was soll der Westen sonst tun? Das Elend in Afrika einfach ignorieren?

Das Beste, was der Westen tun kann, ist tatsächlich: nichts.

Angenommen, jede Entwicklungshilfe würde ab sofort gestoppt: Was wären die Konsequenzen?

Vier von fünf afrikanischen Regierungen würden zusammenbrechen wie ein Kartenhaus. Sie wären die ersten Opfer. Sie sind wirtschaftlich unproduktiv und können ohne fremde Hilfe nicht überleben.

Würden darunter nicht die einfachen Leute leiden, die Kinder vor allem?

Die primären Nutzniesser der Hilfe sind zuerst die Regierungen, dann die ausländischen Entwicklungshelfer, die gute Saläre beziehen und einen teuren Lebensstil führen, sowie die Bürokraten in den internationalen Organisationen. Grossbritannien hatte 1962, als wir in die Unabhängigkeit entlassen wurden, 70 Verwaltungsbeamte in Uganda. Heute arbeiten hier mehrere tausend ausländische Hilfsexperten. Man könnte fast zum Schluss kommen, dass wir als britische Kolonie unabhängiger waren als heute. Aber bleiben wir ernsthaft: Wenn Afrikas Arme überhaupt was von der Entwicklungshilfe sehen, dann die Krümel, die vom Tisch fallen.

Gibt es für Sie gar keine vernünftige Art von Entwicklungshilfe?

Wenn es für Afrika eine vernünftige Art von Entwicklungshilfe gibt, dann die: langfristige, erschwingliche Kredite für private Firmen, die Exportkapazitäten aufbauen. Solche Kredite dürften auf keinen Fall über die korrupten und inkompetenten Regierungen laufen, sondern müssten über private Banken gewährt werden. Kredite, die drei, vier Prozent Zins kosten und nicht 25 Prozent wie heute. Das könnte die Armut in Afrika in zehn Jahren lindern. Arbeitsplätze zu schaffen, ist die produktivste Investition, die man tätigen kann. Was Afrika braucht, ist eine breite Mittelschicht. Wir brauchen grosse Unternehmen, die hier investieren, wie Microsoft, General Motors oder Nike. Sie schaffen Arbeitsplätze, erweitern Märkte und bezahlen Steuern. Die beste Armutsbekämpfung ist nicht, den Armen Geld zu geben, sondern den Reichen.

Sie werden im Westen nur wenige Wohltäter finden, die für Reiche spenden.

Natürlich, die Spender im Westen wollen sehen, dass hungrige Kinder ernährt werden, dass kranke Kinder geheilt werden. Sie sehen nicht, dass es richtig wäre, Microsoft finanzielle Anreize zu geben, beispielsweise in Uganda zu investieren. Wir müssen die Reichen reicher machen, um die Armen weniger arm zu machen.

Neun von zehn Ugandern sind selbständig erwerbend, dagegen nur ein Amerikaner von zehn. Die Amerikaner arbeiten für Wal-Mart, General Electric, Microsoft, für Grossunternehmen also. Weil diese Firmen Gewinn machen, können sie expandieren und in Arbeitsplätze investieren. Und sie bezahlen Steuern. Die Hilfsindustrie geht davon aus, dass Geld die Voraussetzung für Entwicklung ist. Falsch. Geld ist das Resultat eines Entwicklungsprozesses und nicht die Ursache davon. Das Armutsproblem kann nicht damit gelöst werden, indem man den Armen Geld gibt.

Viele Jugendliche im Westen, die sich für das Schicksal Afrikas interessieren, werden von der Antiglobalisierungsbewegung angezogen. Sie sehen die Liberalisierung von Märkten nur als neues Instrument, die Afrikaner auszubeuten.

Diese Jugendlichen sind vielleicht wohlmeinend, aber naiv. Sie sehen nicht, dass die Zukunft der armen Länder Afrikas davon abhängt, dass sie sich ins internationale Handelssystem integrieren und davon profitieren können. Und sie verstehen nicht, dass die Armut in diesen Ländern innenpolitische Gründe hat. In Uganda sank die Armutsrate zwischen 1992 und 2000 von 56 Prozent auf 34 Prozent. Das ist nicht auf Entwicklungshilfe zurückzuführen, sondern hauptsächlich auf die Liberalisierung des Kaffeemarktes. Die Bauern erhielten vom staatlichen Coffee Marketing Board 19 Prozent des Weltmarktpreises. Nach der Liberalisierung bekamen sie plötzlich 80 Prozent, weil in- und ausländische Kaffeehändler alle Dörfer abgrasten, um Kaffee kaufen zu können. Das ist ein Beweis mehr dafür, dass die Öffnung der Märkte und des Handels den Armen hilft.

Gleichzeitig schotten die Industriestaaten ihre Agrarmärkte durch hohe Zölle und allerlei Vorschriften gegen die Dritte Welt ab.

Natürlich, das Welthandelssystem hat tausendundeine Ungerechtigkeit, die es zu beseitigen gilt, aber es bietet genügend Raum für Erfolg. Das Argument der Afrikaner, die internationalen Handelsregeln seien unfair und abgekartet, ist eine Entschuldigung für ihre Unfähigkeit zu handeln. Nur zwei Beispiele: Afrikanische Länder dürften Rindfleisch bis zu einer gewissen Quote zollfrei in die EU exportieren. Kein einziges Land hat diese Quote bisher ausgefüllt. Vietnam dagegen wurde aus dem Nichts zu einem der grössten Kaffee-Exporteure der Welt. Was sagt uns das? Wenn sich ein Land wirklich engagiert, sich dem Wettbewerb aussetzt, kann es Erfolg haben. Ich wiederhole mich: Afrikanische Regierungen haben kein Interesse an einer konkurrenzfähigen Exportwirtschaft, weil sie nicht auf sie angewiesen sind und nicht auf die Privatwirtschaft hören müssen.

In meinem Hotel liegt die Broschüre einer Organisation, die sich für einen Schuldenerlass einsetzt. Ihr Motto heisst «Debt Is Slavery», Verschuldung ist Sklaverei; ihr Logo ist mit Eisenketten illustriert. Gibt es in Afrika eine Obsession für die Sklaverei?

Wissen Sie, wieso wir Afrikaner uns niemals selbst die Schuld geben müssen? Wir können immer über den Sklavenhandel klagen. Die afrikanischen Diktatoren benutzen den Sklavenhandel, um den Westen zu erpressen. Sie wissen natürlich, dass die westliche Welt einen bestimmten Grad an politischer Korrektheit hat und auch einen bestimmten Grad an moralischem Schuldgefühl. Diese Kerle nutzen das maximal zu ihren Gunsten aus. Daraus schlagen sie Kapital.

Müsste der Westen härtere Bedingungen an seine Hilfe knüpfen, zum Beispiel auf Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit, also auf das Prinzip «Gute Regierung», pochen?

Die vielzitierte conditionality? Ich kann das Wort schon nicht mehr hören. Jede noch so harte Bedingung, die sich immer wieder gezeigt, kann von einem afrikanischen Regime manipuliert werden. Und überhaupt: Wieso soll sich zum Beispiel die Schweizer Regierung mehr um das Wohlergehen der Afrikaner kümmern als die afrikanischen Regierungen selbst? Ihr macht euch solche Sorgen um uns. Wieso kommt ihr nicht und rekolonialisiert unsere Länder, stürzt unsere Politiker und bringt Schweizer Regierungsstandards nach Afrika?

Wäre das wirklich eine gute Idee?

Jede Kolonialregierung wäre heute besser als die meisten afrikanischen Regierungen.

Ein trauriger Schluss.

Sehr traurig, und es tut mir als Afrikaner unendlich weh, das sagen zu müssen. Auch westliche Regierungen haben viele Unzulänglichkeiten, aber euer politisches System hat eine gewisse Moral und Kontrollmechanismen. Nur wenige Kolonialregime in Afrika haben das Ausmass an Barbarei und Gewalt von afrikanischen Regierungen erreicht. Glauben Sie denn im Ernst, die Briten seien schlimmer gewesen als Idi Amin? Mit Ausnahme des Apartheid-Regimes in Südafrika, des belgischen Königs Leopold II. im Kongo und einiger Exzesse waren die meisten Kolonialregierungen gütiger als die afrikanischen Diktatoren. Im Norden Ugandas leben seit 15 Jahren zwei Millionen Vertriebene. Sie hausen in Lagern, tausend Menschen sterben dort jede Woche wegen der verheerenden Bedingungen. Glauben Sie, eine Kolonialregierung könnte dies zulassen? Die europäischen Regime waren dadurch diskreditiert, dass eine rassistische Minderheit ohne Legitimität ihre Macht durchsetzte. Wenn heute in einem afrikanischen Land eine Kolonialregierung etabliert würde, müsste sie sich vor der Welt und vor den Bürgern für ihre Tätigkeit verantworten. Ein afrikanischer Diktator kann aber stehlen und töten, weil er als schwarzer Afrikaner offenbar dazu legitimiert ist.

Truth everyday; die Wahrheit, jeden Tag. Das erträgt auch die ugandische Regierung schlecht. So schickte der Präsident im Sommer letzten Jahres, am 12. August 2005, seine Polizisten bei Andrew Mwendas Arbeitsort, der Radiostation KFM, vorbei, nachdem er von ihm als «Fehlbesetzung» kritisiert worden war. Der Sender wurde zur Abschreckung für eine Woche geschlossen, der unbotmässige Untertan für einige Tage verhaftet und später wegen «Volksverhetzung» angeklagt (das Verfahren ist noch hängig). Mwenda antwortete auf diesen Angriff auf die Meinungsfreiheit, wie es einem Journalisten gut ansteht: laut und öffentlich – mit Reden von Unabhängigkeitshelden von Kwame Nkrumah bis Nelson Mandela, die er integral aus dem Gedächtnis zitieren kann, wie er auf der Café-Terrasse des «Grand Imperial»-Hotels sogleich beweist: «Freiheit ist keine Ware, die den Unterdrückten einfach geschenkt wird, sie ist der Lohn für Kampf und Aufopferung.»

An derartige Opposition werden sich auch andere afrikanische Herrscher noch gewöhnen müssen. Andrew Mwenda mag einer der schonungslosesten Kritiker der Entwicklungshilfe sein, der einzige ist er nicht. Es gibt eine Reihe von afrikanischen Wissenschaftlern, zumeist nach der Kolonialzeit geboren, die ähnlich radikal argumentieren wie er. Der kenianische Ökonom James Shikwati zum Beispiel, der Politologieprofessor Roger Tangri, der in Botswana lehrt, oder der ghanaische Ökonom George Ayittey, von dem der Satz stammt: «Afrika ist arm, weil es nicht frei ist.» Sie alle suchen den Grund für das Elend nicht im Sklavenhandel oder im Kolonialismus, nicht im ungerechten Welthandelssystem, in der Ausbeutung durch multinationale Firmen oder im ungünstigen Klima. Die Schuld daran, dass ihr Kontinent nicht vorankommt, geben sie ihren Regierungen. Und die Lösung heisst für sie nicht Entwicklungshilfe, sondern mehr Rechtssicherheit sowie mehr wirtschaftliche und politische Freiheit.

Am kommenden Montag, dem Welternährungstag, werden massenhaft Menschen auf allen Kontinenten aufstehen, um sich mit den Armen zu solidarisieren. Die Kampagne «Stand Up Against Poverty», unterstützt von der Uno, will damit ins «Guinness-Buch der Rekorde» kommen und die Regierungen an ihr Versprechen erinnern, die Entwicklungshilfe zu verdoppeln und den armen Ländern die Schulden zu streichen. Auch die Live-8-Konzerte, die letztes Jahr von drei Milliarden Menschen gehört wurden, riefen zu diesem big push auf. Bob Geldof, ihr Promotor, sagte: «Es muss einfach etwas getan werden, selbst wenn es nichts nützt.»

Und wenn «es» schadet?

Andrew Mwenda: Foreign Aid and the Weakening of Democratic Accountability in Uganda. Foreign Policy Briefing No. 88 (Juli 2006)

www.cato.org/pubs/fpbriefs/fpb88.pdf

Andrew Mwenda, Roger Tangri: Patronage Politics, Donor Reforms, and Regime Consolidation in Uganda. In: «African Affairs» 104/416 (Juli 2005)

William Easterly: Wir retten die Welt zu Tode.
Campus, 2006. 280 S., Fr. 43.70

(c) 2006 by Die Weltwoche, Zürich - E-mail: webmaster@weltwoche.ch